



STAHLSP/ITTER

14. November 2024

Keine Übernahme der Salzgitter AG!

Wir fordern:

Erhalt der Eigenständigkeit der SZAG!

Mitbestimmung statt Machtkonzentration!

Fortführung der sozial-ökologischen Transformation in Eigenregie unter Beteiligung der Arbeitnehmer:innen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 05. November 2024 ist bekannt geworden, dass die GP Günter Papenburg AG (GP) und die TSR Recycling GmbH & Co. KG (TSR) möglicherweise ein Übernahmeangebot an die Aktionär:innen der Salzgitter AG (SZAG) abgeben werden.

Die GP ist ein familiengeführtes Unternehmen der Bauindustrie und hält bereits fast 30 Prozent der Aktien an der SZAG. Die TSR ist, soweit bekannt, bislang nicht Aktionärin der SZAG und befindet sich als Recyclingunternehmen im vollständigen Besitz der Remondis SE & Co. KG. Remondis wiederum gehört in vollständigem Besitz der Rethmann Gruppe, die als familiengeführte Holding selbst keine operativen Tätigkeiten betreibt.

Zusammen wollen die GP und die TSR als ein Konsortium fungieren. Ihr Ziel ist es, durch den Erwerb von zunächst 45 Prozent der Aktien der SZAG plus eine Aktie die wirtschaftliche Kontrolle über die SZAG zu erlangen.

Die IG Metall und die Betriebsräte der SZAG lehnen dies entschieden ab!

Was bedeutet wirtschaftliche Kontrolle?

Sollte es tatsächlich so weit kommen, dass die GP und TSR als Konsortium den angestrebten Anteil der Aktien der SZAG übernehmen, bedeutet dies, dass sie in der Hauptversammlung der SZAG die Stimmenmehrheit erlangen.

Momentan sind das Land Niedersachsen mit 26,5 Prozent der Aktien, die GP mit fast 30 Prozent der Aktien und die SZAG mit 10 Prozent der Aktien die größten Eigentümer der SZAG. Diese ausgewogene Struktur der Anteilseigner würde sich mit dem beabsichtigten Vorhaben grundlegend verändern. Es käme dazu, dass GP und TSR die absolute Stimmenmehrheit in der Hauptversammlung hätten, da der eigene Aktienanteil der SZAG bei Abstimmungen nicht stimmberechtigt ist. GP und TSR könnten damit also alle Richtungsentscheidungen vorbei am Vorstand und Aufsichtsrat der SZAG sowie vorbei am Land Niedersachsen treffen. Dies bedeutete den Verlust der Eigenständigkeit der SZAG in ihrer bisherigen Form und könnte massiv auf die Beschäftigten einwirken.

Warum lehnen wir das ab?

Die Eigenständigkeit der SZAG ist für uns seit Jahrzehnten das wichtigste Gut für wirtschaftlichen Erfolg und Entwicklung. Die Eigenständigkeit sicherte uns in der Vergangenheit vor dem hemmungslosen Einfluss von renditesüchtigen Aktionärsinteressen. Sie sicherte uns die erforderlichen Investitionen in unsere Unternehmen und Anlagen und führte uns bislang erfolgreich auf dem Weg der Dekarbonisierung der Stahlindustrie.

Doch nicht nur das! Die Eigenständigkeit der SZAG stellte für uns Arbeitnehmer:innen sicher, dass unsere Arbeits- und Lebensbedingungen durch die höchste Form der Mitbestimmung, nämlich der Montanmitbestimmung, abgesichert worden sind. Die Montanmitbestimmung sieht im Kern vor, dass der Aufsichtsrat der SZAG zu gleichen Anteilen mit Vertreter:innen der Anteilseigner und der Arbeitnehmer besetzt ist. Die Arbeitnehmer:innen sind hier also bei den wichtigen Abstimmungen, zum Beispiel über Investitionen, im Stimmenanteil gleichberechtigt mit den Eigentümern. In Konfliktfällen bildet im Aufsichtsrat eine weitere neutrale Person das Zünglein an der Waage. Das bedeutet, dass Abstimmungen im Aufsichtsrat grundsätzlich nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmer:innen erfolgen können.

Mit der möglichen Übernahme der SZAG durch das Konsortium könnte diese bislang konstruktive Form der Zusammenarbeit von Eigentümern und Arbeitnehmern beendet werden, da das Konsortium die Abstimmungen des Aufsichtsrats in der Hauptversammlung kippen könnte.

Dies muss aus unserer Sicht verhindert werden!

Die SZAG stand in den letzten Jahrzehnten für uns Arbeitnehmer:innen für sichere Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse. Sie war Garant für die regionale Verantwortung der einzelnen Gesellschaften an ihren jeweiligen Standorten. Mitbestimmung und Eigenständigkeit sicherten uns eine Kultur des Respekts und der Wertschätzung vor den Leistungen von uns Beschäftigten.

Um dies auch zukünftig in unserem Interesse zu erhalten, ist die geplante Übernahme der SZAG durch zwei durchregierende Familienunternehmen abzuwenden.

Was sind unsere Forderungen an den Vorstand der SZAG, den Aufsichtsrat der SZAG und die Landesregierung Niedersachsen?

Um eine Übernahme und deren negativen Folgen für die SZAG und uns Arbeitnehmer:innen abzuwenden, sind jetzt sowohl der Vorstand und der Aufsichtsrat der SZAG als auch die Landesregierung Niedersachsen in der Pflicht!

Wir fordern vom Vorstand der SZAG ein klares Bekenntnis zur Fortführung der Eigenständigkeit!

Die Versorgung mit Rohstoffen und Energie sowie die Entsorgung von Reststoffen ist in eigener Regie umzusetzen. Die sozial-ökologische Transformation zur Produktion grünen Stahls ist bisher durch das entschlossene Engagement von Unternehmen und Beschäftigten realisiert worden. Dieser Pfad ist ohne Machtkonzentration fortzusetzen!



Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG
Metall und stellvertreten-
der Vorsitzender des Auf-
sichtsrats der Salzgitter
AG

„Die Erfolgsgeschichte der Salzgitter AG wurde maßgeblich durch gesicherte und gelebte Montanmitbestimmung geprägt. Das muss auch für die Zukunft möglich sein. Wir brauchen keine Bündelung von Macht und Kontrolle in den Händen eines Konsortiums von zwei großen privaten Anteilseignern. Die Mitbestimmung im Interesse der Beschäftigten ist in den Händen von Betriebsrat und IG Metall gut aufgehoben. Und sie ist angesichts der vielfältigen Herausforderungen dringlicher denn je.

Veränderungen in der Salzgitter AG müssen sich stets an der nachhaltigen Sicherung von Mitbestimmung, Standorten, Beschäftigung und Einkommen sowie der Fortsetzung einer zukunftssichernden Transformation in eine klimaneutrale Stahlerzeugung messen lassen. Die von den Übernahmeinteressenten adressierten Vorteile im Bereich von Schrott und Schlacke lassen sich auch mit der heutigen Eigentümerstruktur der Salzgitter AG realisieren. Dazu braucht es kein Konsortium, das in allen wirtschaftlichen Fragen die alleinige Entscheidungsgewalt für sich beansprucht.

Nicht Machtkonzentration in den Händen weniger, sondern starke Mitbestimmung im Interesse der vielen sind Wegweiser in eine gute Zukunft der Salzgitter AG! Und dafür stehen IG Metall und Betriebsräte gemeinsam!“

Wir fordern vom Aufsichtsrat der SZAG eine einstimmige Position gegen die mögliche Übernahme!

Weder die bisherigen Eigentümer noch die Arbeitnehmer:innen können darauf vertrauen, dass die SZAG nach einer Übernahme in der bisherigen Form und mit ihren unterschiedlichen Geschäftszweigen fortbesteht. Die vielfältige Aufstellung der SZAG in den Bereichen Stahlerzeugung und Stahlverarbeitung, Technologie, Handel und Dienstleistungen sichert auch in schwierigen Zeiten die wirtschaftliche Stabilität.

Wir fordern von der Landesregierung Niedersachsen eine unmissverständliche politische Haltung gegen die Übernahmepläne!

Die Landesregierung steht gegenüber allen Beschäftigten der SZAG in der Pflicht, ihre berechtigten Interessen nach Arbeit, Ausbildung und sicherem Einkommen nicht über kapitalistische Einzelinteressen zu stellen. Diese Verantwortung hat sie auch über die Landesgrenzen hinaus. Auch aus Eigeninteresse muss die Landesregierung die Übernahme ablehnen, da ihr sonst die gehaltenen Aktienanteile keinen Einfluss und Handlungsspielraum mehr bieten.



Hasan Cakir

Vorsitzender des
Konzernbetriebsrats und
Mitglied des Aufsichtsrats
der Salzgitter AG

„Das bisherige Verhalten der GP Günter Papenburg AG im Aufsichtsrat der SZAG zeigt, dass die Interessen und die Mitbestimmung der Arbeitnehmer:innen keine Rolle spielen.

Die Mitbestimmung in der SZAG erstreckt sich aber nicht nur auf Abstimmungen in den Aufsichtsräten. Sie ist durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Betriebsräten und Beschäftigten in Jahrzehnten gewachsen. Sie findet ihren besonderen Ausdruck in einer gelebten Kultur der Mitbestimmung, die allen Beteiligten zugute kommt. Wir sind dadurch in der Lage, auch in schwierigen und herausfordernden Zeiten gemeinsame Lösungen zu finden. Dies sichert einerseits den Kolleg:innen und ihren Familien wertvolle und unverzichtbare soziale Standards. Andererseits ermöglicht es den Unternehmen Planungssicherheit, wirtschaftlichen Fortschritt und Erfolg.

Es wäre irrsinnig, dieses Erfolgsmodell durch den Verlust der Eigenständigkeit der SZAG aufzugeben!

Die Betriebsräte und Beschäftigten der SZAG stehen hinter den Forderungen der IG Metall. Wir kämpfen gemeinsam dafür, dass unsere berechtigten Interessen weiterhin im Mittelpunkt des Handelns der SZAG stehen!“